

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen mittwochs & lhr. Bezugsmöglichkeit monatlich 2,- RM.
Bei Haus, bei Poststelle 1.80 RM. möglichst leichtgeld. Bezugssachen 10 Kpf. Als Postkarten und Postkarten, andere Ausgaben u. Postkarten, rechnen zu
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Empfehlungszeit ist aufzuhängen. Zeitung Nr. 1. — Nachdruck und Vervielfältigung werden nach Wissenschein bestimmt. — Anzeigen, Anträge, Anträge bis voran 10 Uhr. — Antrag auf Abnahme der durch den Herausgeber überreichten Zeitung ist keine Gewähr. — Kein Vertrag mit dem Herausgeber ist zulässig. — Jeder Abonnement erhält, wenn der Vertrag durch Klage eingezogen wird, auch der Nutzgegenstand in Rechnung.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 95 — 94. Jahrgang

Teleg.-Adr.: "Tageblatt"

Wilsdruff-Dresden

Postleitzahl: Dresden 2640

Mittwoch, den 24. April 1935

Rasse und Schule.

Von Dr. W. Groß,

Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP.

Mit Beginn des neuen Schuljahrs treten an die Erzieher wieder neue Aufgaben heran. Der Schule ist die Politik im nationalsozialistischen Staate unterlegt. Menschen verantworten, die allen Anforderungen des Lebens gewachsen sind. An dieser Richtung liegen auch die besten Erstlinge des Reichserziehungsausschusses, die im engen Einvernehmen mit dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP entstanden sind.

Die Beziehungen zwischen dem nationalsozialistischen Amt und dem Schulweisen sind wechselseitiger Natur: Einerseits beeinflusst die rassische Erkenntnis erheblich unser Bild von den Aufgaben und Grenzen der Schule, andererseits wird die Schule selbst wieder wesentlich zur Verbreitung und Verfestigung des Rassegedankens im Volk beitragen können und müssen. Die Forderungen, die sich aus dem Rassegedanken an die Schule ergeben, mögen im ersten Augenblick ungewöhnlich erscheinen. Die Erkenntnisse der Vererbungswissenschaft, die uns die übertragende Bedeutung der Erbanlagen gegenüber allen Umweltwirkungen gelehrt hat, schränken die Möglichkeit der Erziehung und Bildung des beranwachsenden Menschen in gewissem Sinne ein. Alle Erziehung und Bildung setzt das Vorhandensein entsprechender Erbanlagen voraus, die entwickelt und gefördert werden wollen; sie kann aber nichts von sich aus schaffen, was anlagenmäßig nicht vorbereitet ist, und sie kann auf der anderen Seite auch nichts endgültig befähigen, was an Erbanlagen etwa unerwünschter Natur im Menschen schwummert.

Die zweite Forderung rassischen Denkens an eine Neuausbildung des Schulwesens betrifft die rassische Harmonie zwischen Lehrer, Schüler und Lehrstoff. Es ist ganz selbstverständlich, dass eine förderliche Erziehungsarbeit nur dann stattfinden kann, wenn der Lehrer und seine Schüler wesentlich die gleiche rassische Grundhaltung aufweisen. Der fremdrasige Lehrer ist uns ganz sachlich eine unmögliche Vorstellung geworden; ebenso unabdingbar ist auch die Forderung, dass die Klassengemeinschaft selbst, an der der Erzieher zu arbeiten hat, eine rassische Einheit darstellt. Fremdrasige Schüler müssen zwangsläufig die Erziehungsmöglichkeit in einer Klassengemeinschaft herabmindern, weil sie unvermeidlich Dissonanzen in der Gemeinschaft bedeuten. Deshalb ergibt sich die Forderung, die unter uns noch lebenden fremdrassigen Bevölkerungsgruppen, insbesondere also die Juden, im Schulunterricht von den Kindern unserer eigenen Art grundsätzlich abzuordnen.

Dass im Mittelpunkt aller Erziehungsarbeit, die ja nicht Wissen an sich vermitteln soll, sondern Charakterwerte heraustragen muss, das Wesen des eigenen Volksstums und der eigenen rassischen Art zu stehen hat, erscheint uns selbstverständlich. Wir werden niemals ein deutsches Volk und eine deutsche Führerschicht heranbilden können, wenn wir als Mittel zu diesem Zweck hauptsächlich das Studium fremder Kulturen, Sprachen und Geschichten sehen, statt vom eigenen Volksstum auszugehen und stets wieder zu ihm hinzuziehen.

Eine legitime Forderung rassischen Denkens an die Neuausbildung unseres Schulwesens betrifft ein praktisch bevölkerungspolitisches Gebiet. Die einseitig intellektuelle Entwicklung mit ihrer userlosen Vernehrung immer neuer Wörter hat dazu geführt, dass insbesondere für die akademischen Berufe der Ausbildungsgang länger, das Alter bei der Erreichung des Berufsrechts immer höher geworden ist. Die Folge war die Herauszeichnung des Heiratsalters, die ihrerseits wesentlich an dem erschütternden Geburtenrückgang gerade der führenden Schichten der Nation gewiesen ist.

Wir müssen heute verlangen, dass der Eintritt auch in den akademischen Beruf und damit die Heiratsmöglichkeit wieder in einem Alter erreicht wird, das wieder den natürlichen wie den bevölkerungspolitischen Anforderungen entspricht. Schule und Hochschule werden hier einsehen müssen, dass sich eine verständige Kurzung ihrer Ausbildungsjahre durch die Erhaltung hochwertiger Begabung belohnen machen wird, die heute infolge der verspäteten Heiratsmöglichkeiten Generation um Generation dem Volk verlorengingen.

All diese Gedanken und Forderungen sind nur dem verständlich und dann freilich auch selbstverständlich, der biologisch und rassisch denken gelernt hat. Um so notwendiger ist, dass die Schule selbst die beranwachsende Generation mit den Grundlagen dieser neuen Gedankenwelt vorbereiten so vertraut macht, dass sie wenigstens in verständlichen Grundlage alles öffentlichen Lebens werden.

Die bekannten Erstlinge des Reichsber-

Sowjetrussischer Festungsgürtel an der Weltgrenze

Fortschette von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer - Unterirdische Petroleumtanks

Einige englische Zeitungen bringen auffälligere Berichte über den in aller Stille angelegten sowjetrussischen Festungsgürtel an der sowjetrussischen Weltgrenze. Die Forts sind größtenteils in äußerlich harmlosen Grabhügeln in Sumpf- und Waldgebiet angelegt. Eine Reihe solcher Hügel zieht sich nach dem Bericht von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Dabei wird ein Tankmanöver vor dieser Fortssetzung geschildert. Unter der Schneedecke habe man nichts Außergewöhnliches vermuten können. Als aber die Tanks sich näherten, tauchten plötzlich Geschüze auf und ein Schnellfeuer aus Dauerketten von Rohren hätte jede Annäherung an die Befestigungsanlagen unmöglich gemacht. Die Forts seien aus Stahl und Beton errichtet, mit Maschinengewehren, schweren Geschützen und Schnellfeuerkanonen bestückt und mit einem raffiniert ausgedachten Ventilationsystem versehen, durch das die Befestigungen gasfrei gehalten werden können. Einen besonderen Eindruck habe auf den Beobachter ein Manöver mit Tankattrappen gemacht. Man ließ sie unbehindert bis dicht an die Forts herankommen, dann aber wurden in dem Gürtel unterirdisch angelegte Petroleumtanks zur Explosion gebracht und alles was sich innerhalb des Gürtels befand, sei das Opfer der plötzlich ausschließenden Flammen geworden.

Das Innere der Forts sei so eingerichtet, dass eine vielfältige Bevölkerung die Möglichkeit hätte, viele Wochen von der Außenwelt abgeschnitten dort zu bringen. Neben Lazaretten und Munitionssdepots seien auch Kontrollen und Schanträume vorgesehen. Außerdem seien in der Nähe des Festungsgürtels große Kasernenanlagen geschaffen worden, mit Küch- und Speiseräumen, Dampfbädern und dreistöckige, mit Zentralheizung versehene Gebäude.

Es lebe die Weltrevolution!

Das „friedliche“, bündnisfähige Sovjetrussland, dessen Vertreter Litwinow im Böllerbund große Worte von Frieden und Eintracht sprach, und das die französische Politik gegen Deutschland auspielt, enthüllt in einer kurzen Meldung seines Regierungsorgans „Ria-Novosti“ sein wahres Gesicht. Die „Ria-Novosti“ beschäftigt sich in einem grobausgemachten Leitartikel eingehend mit den Lösungsworten zum 1. Mai. Das Blatt geht ausführlich auf die einzelnen Punkte der Erklärung ein und verweist dabei auch bei dem Aufruf, der sich an die Proletarier aller Länder richtet. Es heißt darin: „Proletarier aller Länder, folgt den Fahnen der kommunistischen Internationale, die euch zu neuen Kämpfen und Siegen vorwärtsführen. Es lebe die sozialistische Weltrevolution!“

Die Unterbrechung der französisch-russischen Bündnisverhandlungen.

Der sowjetrussische Außenminister Litwinow, der wohl darauf gerechnet hatte, sein frühes Besuch auf der Böllerbundskonferenz mit dem Abschluss des französisch-sowjetischen Militärbündnisses leiden zu können, ist blitzzart enttäuscht worden. Die Verhandlungen, die einen so verbindungsvoollen Anfang nahmen, sind plötzlich unterbrochen worden, und zwar scheint es sich um ernste Schwierigkeiten zu handeln. Nach einer baldamtlichen Moskauer Meldung könnten sich Litwinow und Laval nicht über das Einigen gemeinsamer Aktionen einigen. Laval soll die Aussöhnung der französischen Regierung verteidigt haben, worauf gemeinsame Aktionen gegen einen Angreifer erst nach einer Prüfung des Streitfalls durch den Böllerbundsbund möglich seien. Demgegenüber habe Litwinow einen sofortigen Entschluss verlangt und es es auch abgelehnt, in eine Frist von 48 Stunden einzutreten.

Litwinow scheint sehr sieges sicher bei den Verhandlungen mit Laval aufgetreten zu sein und einen Ton angeschlagen zu haben, der den Franzosen denn doch allzu leicht zu sein scheint. So weiß das „Journal“ auf die eigenartige wenig formelle Methode Moskaus hin. Nachdem Litwinow sich selbst zum Frühstück im Pariser Außenamt eingeladen

Auf gutunterrichteter Pariser Quelle verlautet dazu, dass die im letzten Augenblick entstandenen Schwierigkeiten außer aus Meinungsverschiedenheiten besonders daraus entstanden seien, dass

Außenminister Laval, um England nicht zu verstimmen, alles zu vermeiden sucht, was an eine Einleistung Deutschlands erinnern könnte.

In Paris warnt man daher die in der deutschen Provinznote angekündigten Erläuterungen ab, die gegebenenfalls zur Basis für neue Verhandlungen dienen könnten, wonach sich eine Änderung in der Einschätzung Russlands gegenüber ergeben könnte.

Zur Dardanellenfrage.

London, 23. April. Die Zeitung „Millibel“ greift in einem Leitartikel wiederum die türkische Forderung auf Revision der militärischen Klauseln des Vertrages von Lausanne auf und stellt fest, dass die gleichlautenden Klauseln der anderen Friedensverträge bald der Geschichte angehören werden, so dass es ganz in der Oddnung gewesen sei, wenn der türkische Außenminister in Genf die Ansprüche der Türkei angemeldet habe. Nachdem man schon dabei sei, die einzigen Rüstungsbeschränkungen abzuheben, müsse man auch der Türkei das gleiche Recht zugestehen. Man wisse nicht, ob es in der Meerengenfrage zu einem Mittelmeerlocarno kommen werde. Es sei aber sicher, dass der gegenwärtige anomale Zustand von der Türkei nicht mehr länger ertragen werden könne. Die Türkei sei sich dessen bewusst, dass die Freiheit der Durchfahrt durch die Meerengen erhalten bleiben müsse, jedoch dürften die Großmächte nicht vergessen, dass diese Meerengen die Türkei in zwei Teile trennen und daher eine lebenswichtige Angelegenheit für die Türkei darstellen. Die Türkei verlange das Recht, die Meerengen wieder festzustellen zu dürfen im Namen der eigenen Sicherheit, und sie sei davon überzeugt, dass niemand ihr diesen höchste Recht, das der Selbstverteidigung, das jeder Nation hat, sei, destreiten könne. — Die übrigen Zeitungen drücken sich ähnlich aus und lassen erkennen, dass die Türkei fest entschlossen ist, ihr Recht auf unbedingte Verteidigung durchzusetzen, wobei effektiv auslaufende olympischen Gründen das Wort „Revision“ vermieden wird.

Die Seerüstungen

der Vereinigten Staaten.

Bei der Beratung des Marineministers im Haushaltsschuss des Repräsentantenhauses erläuterte Marinestabschef Admiral Standley, dass die gegenwärtige Flotte der Vereinigten Staaten nicht in der Lage wäre, andere Seegroßmächte in deren eigenen Gewässern anzugreifen; sie sei dagegen hinreichend stark, um jeden Angriff auf die Küsten der Vereinigten Staaten abzuwehren. Die Entscheidung in einem Zeeftrieg sei jedoch nur durch einen erfolgreichen Angriff auf die feindlichen Gewässer zu erreichen. Hierfür benötige die Marine der Vereinigten Staaten noch einige Zerstörer und U-Boote sowie Landstapler und Transportschiffe.

Marineunterstaatssekretär Henry L. Roosevelt legte dar, dass die Flotte der Vereinigten Staaten im Haushalt 1936 121 Fahrzeuge und 920 Flugzeuge gegenüber 306 und 760 im Vorjahr umfassen würde. Die Regierungsvorlage fordere für 1936 den Bau eines Flugzeugmutter-Schiffes, zweier leichter Kreuzer, dreier Zerstörer über 1500 Tonnen und 12 Zerstörer unter 1500 Tonnen und von sechs U-Booten.

Der Haushaltsschuss hat die Regierungsforderung von 30 Millionen Dollar für die genannten 24 Fahrzeuge auf 15 Millionen herabgesetzt, jedoch den Weg für einen späteren Zusatzhaushalt offen gelassen.

Der Dank des Führers.

Für die zahllosen Geburtstage.

glückwünsche.

Dem Führer und Reichskanzler sind auch in diesem Jahr zu seinem Geburtstag aus allen Teilen des Reiches und allen Kreisen der Bevölkerung, besonders auch von Deutschen im Auslande zahllose briefliche und telegraphische Glückwünsche zugegangen, deren Einzelbeantwortung nicht möglich ist. Der Führer lässt daher auf diesem Wege allen, die seiner in Treu und Anhänglichkeit gedacht haben, seinen herzlichen Dank übermitteln.